

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort . . . . .	V
Autorenverzeichnis . . . . .	XXI
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	XXIII
Literaturverzeichnis . . . . .	XXIX

## § 1 Dienstliche und private Nutzung von Internet, Intranet und E-Mail – Individualarbeitsrecht . . . . .

1	1
A. Dienstliche und private Nutzung – Regelungs- und Gestaltungsmöglichkeiten. . . . .	1
I. Dienstliche Nutzung . . . . .	1
II. Private Nutzung . . . . .	2
1. Ausdrückliche Erlaubniserteilung . . . . .	2
2. Betriebliche Übung . . . . .	3
3. Nutzungsumfang . . . . .	4
4. Rücknahme der Erlaubnis . . . . .	7
III. Weiterleitung von E-Mails . . . . .	7
IV. Muster . . . . .	8
B. Kontrolle der Internet- und E-Mail-Nutzung . . . . .	11
I. Einleitung . . . . .	11
II. Kontrolle bei Verbot der privaten E-Mail-Nutzung . . . . .	13
III. Kontrolle bei erlaubter privater E-Mail-Nutzung . . . . .	15
IV. Kontrolle bei Verbot privater Internet-Nutzung . . . . .	18
V. Kontrolle der Internet-Nutzung bei Erlaubnis der privaten Nutzung . . . . .	18
VI. Kontrolle anderer Web-Dienste . . . . .	19
1. Chat – IRC . . . . .	19
2. Newsgroups (Newsgroup), Weblogs . . . . .	19
3. Files Transfer Protocol (FTP) . . . . .	19
4. Intranet . . . . .	20
5. Arbeitgeberbewertungsportale . . . . .	20
C. Sanktionen bei unzulässiger Nutzung von Internet und E-Mail . . . . .	21
I. Einleitung . . . . .	21
II. Abmahnung . . . . .	22
1. Grundsätze . . . . .	22
2. Wirksamkeitsvoraussetzungen . . . . .	22
3. Gegenrechte des Arbeitnehmers . . . . .	24
4. Sonderfall: Vielfache Abmahnungen und Verlust des Kündigungsrechts . . . . .	25
5. Einzelfälle . . . . .	26
a) Verbotene private Nutzung . . . . .	26
b) Keine klare Regelung vorhanden . . . . .	26
c) Erlaubte private Nutzung . . . . .	27
d) Sexuelle Inhalte . . . . .	28
e) Strafbare Seiten . . . . .	28
f) Downloads und Speichern von Daten . . . . .	29

III. Ordentliche Kündigung . . . . .	30
1. Grundsätze . . . . .	30
2. Einzelfälle . . . . .	30
a) Einschlägige Abmahnung vorhanden. . . . .	31
b) Verbot der privaten Internetnutzung klar geregelt. . . . .	31
3. Verdachtskündigung. . . . .	31
4. Internetsucht? . . . . .	32
IV. Außerordentliche Kündigung. . . . .	32
1. Grundsätze . . . . .	33
2. Einzelfälle . . . . .	34
a) Exzessive Nutzung . . . . .	34
b) Sexuelle Inhalte . . . . .	36
c) Strafbare Seiten . . . . .	37
d) Downloads und Speichern von Daten, Websites, Sonstiges. . . . .	37
V. Weitere Sanktionen . . . . .	38
1. Ermahnung/Rüge. . . . .	38
2. Sperrung Internetzugang . . . . .	38
3. Versetzung . . . . .	39
4. Lohnkürzung und Schadensersatzansprüche. . . . .	39
VI. Handlungshilfen . . . . .	40
1. Verlust der Warnfunktion bei mehreren Abmahnungen . . . . .	40
2. Beweissicherung . . . . .	40
3. Risiko betriebliche Übung . . . . .	41
4. Widerrufsvorbehalte und Freiwilligkeitsklauseln . . . . .	41
5. Verstöße als Anlass für klare Regelungen . . . . .	42
6. Regelmäßige Kontrolle . . . . .	42
7. Ankündigung der Sanktionen erforderlich . . . . .	42
8. Betriebsratsbeteiligung und Beweisverwertung . . . . .	42
9. Strafanzeige . . . . .	43
10. Tipps für Arbeitnehmervertreter . . . . .	43
11. Muster. . . . .	44
VII. Beweisverwertung. . . . .	44
<b>§ 2 Beteiligungsrechte des Betriebsrats und Gewerkschaftswerbung . . . . .</b>	<b>45</b>
A. Die Beteiligung des Betriebsrats. . . . .	45
I. Einleitung . . . . .	45
II. Mitbestimmung des Betriebsrats nach § 87 Abs. 1 Nr. 6 BetrVG . . . . .	45
1. Begriff der technischen Einrichtung. . . . .	45
2. Der Überwachungsbegriff . . . . .	46
3. Verhalten und Leistung der Arbeitnehmer . . . . .	48
4. Keine Überwachungsabsicht erforderlich . . . . .	50
5. Schranken der Mitbestimmung . . . . .	50
a) Persönlichkeitsschutz. . . . .	51
b) Datenschutzrechtliche Besonderheiten. . . . .	51
6. Zuständigkeit des Betriebsrats, Gesamtbetriebsrats oder Konzernbetriebsrats . . . . .	52
7. Betriebsvereinbarung und Rahmenbetriebsvereinbarung. . . . .	52

8. Rechte des Betriebsrats bei fehlender Beteiligung . . . . .	53
9. Formulierungsvorschläge . . . . .	54
III. Mitbestimmung des Betriebsrats nach § 87 Abs. 1 Nr. 1 BetrVG . . . . .	58
1. Anwendung neben § 87 Abs. 1 Nr. 6 BetrVG? . . . . .	58
2. Ordnungsverhalten . . . . .	58
IV. Mitbestimmung des Betriebsrats nach §§ 90, 91 BetrVG . . . . .	59
V. Mitbestimmung nach § 99 BetrVG . . . . .	59
VI. Mitbestimmung des Betriebsrats nach § 111 BetrVG . . . . .	60
B. Beweisverwertung . . . . .	60
I. Einleitung . . . . .	60
II. Grundsätze der Unzulässigkeit der Beweisverwertung bei verbotener Kontrolle . . . . .	60
III. Beweisverwertung bei Internet- und E-Mail-Missbrauch . . . . .	61
IV. Unzulässigkeit der Beweisverwertung bei fehlender Betriebsratsbeteiligung . . . . .	62
V. Beweisverwertungsverbot bei Verstoß gegen § 202a StGB . . . . .	63
C. Sachmittel und Schulungsbedarf des Betriebsrates. . . . .	63
I. Einleitung . . . . .	63
II. Allgemeines . . . . .	64
1. Grundsätze . . . . .	64
2. Grundsatz der Erforderlichkeit . . . . .	65
III. Einzelne Sachmittel der Informations- und Kommunikationstechnik. . . . .	65
1. Telefon, Anrufbeantworter, Mobiltelefon. . . . .	65
2. BlackBerry, Smartphone, iPhone, Navigationsgerät, iPod . . . . .	66
3. Computer inklusive Zubehör, Laptop, iPad, Software . . . . .	67
4. Internet, Intranet, E-Mail: Zugang und Anschluss . . . . .	70
5. Telefax. . . . .	72
6. Eigene Homepage des Betriebsrats als Schwarzes Brett im Intranet. . . . .	72
7. Eigene Homepage des Betriebsrats im Internet . . . . .	74
8. Twitter, Facebook, Xing, WhatsApp-Gruppen etc. . . . .	75
9. Beamer, smartboard, Videokonferenz etc. . . . .	75
IV. Eigentumsverhältnisse . . . . .	76
V. Schulungen des Betriebsrats. . . . .	76
1. Allgemeines . . . . .	76
2. Erforderliche Kenntnisse . . . . .	76
3. Weitere Voraussetzungen. . . . .	77
4. Verfahren der Arbeitsbefreiung . . . . .	78
a) Festlegung des Schulungszeitpunktes. . . . .	78
b) Festlegung der Teilnehmer. . . . .	78
c) Unterrichtspflichten. . . . .	78
d) Anrufung der Einigungsstelle . . . . .	79
e) Freizeitausgleich und Entgeltfortzahlung . . . . .	79
5. Streitigkeiten . . . . .	79
VI. Streitigkeiten . . . . .	80
VII. Praxishinweise . . . . .	80
D. Gewerkschaftswerbung . . . . .	81
I. Allgemeine Grundsätze . . . . .	81
II. Gewerkschaftswerbung im Internet, Intranet und per E-Mail . . . . .	81

III. Gewerkschaftswerbung im betriebsratseigenen Intranet . . . . .	83
IV. Gewerkschaftseigenes Internet . . . . .	83
<b>§ 3 Herausforderungen der Digitalisierung für das Arbeitszeitrecht . . . . .</b>	<b>85</b>
A. Einleitung . . . . .	85
B. Gestaltungsmöglichkeiten und Grenzen des ArbZG . . . . .	85
I. Geltungsbereich des ArbZG . . . . .	86
1. Grundsätze . . . . .	86
a) Räumlicher Anwendungsbereich des ArbZG . . . . .	86
b) Persönlicher Anwendungsbereich des ArbZG . . . . .	86
c) Ausschluss von leitenden Angestellten (§ 18 Abs. 1 Nr. 1 ArbZG) . . . . .	86
2. Auswirkungen des Ausschlusses der leitenden Angestellten vom Anwendungsbereich des ArbZG auf Arbeiten 4.0 . . . . .	87
II. (Regel-)Höchstarbeitszeit . . . . .	88
1. Grundsätze . . . . .	88
a) Werktägliche Arbeitszeit . . . . .	88
b) Höchstgrenze und Ausgleichszeitraum . . . . .	89
c) Sanktionen . . . . .	90
2. Auswirkungen der Höchstarbeitszeiten auf Arbeiten 4.0 . . . . .	90
III. Ruhepausen . . . . .	91
1. Grundsätze . . . . .	91
a) Begriff . . . . .	91
b) Dauer . . . . .	91
c) „Im Voraus“ feststehende Ruhepause . . . . .	92
d) Sanktionen . . . . .	92
2. Auswirkungen der Regelungen zu Ruhepausen auf Arbeiten 4.0 . . . . .	92
IV. Ruhezeiten . . . . .	93
1. Grundsätze . . . . .	93
a) Lage . . . . .	93
b) Dauer . . . . .	93
c) Sanktionen . . . . .	93
2. Auswirkungen der Ruhezeitenregelungen auf Arbeiten 4.0 . . . . .	94
V. Sonn- und Feiertagsarbeit . . . . .	96
1. Grundsätze . . . . .	96
a) Verbot der Sonn- und Feiertagsarbeit . . . . .	96
b) Ausnahmen . . . . .	96
c) Sanktionen . . . . .	96
2. Auswirkungen des Verbots der Sonn- und Feiertagsarbeit auf Arbeiten 4.0 . . . . .	97
VI. Sonderproblem: (Ständige) Erreichbarkeit der Arbeitnehmer . . . . .	97
1. Grundsätze . . . . .	97
2. Auswirkungen der (ständigen) Erreichbarkeit der Arbeitnehmer auf Arbeiten 4.0 . . . . .	99
a) Einordnung des Lesens oder Bearbeitens dienstlicher E-Mails . . . . .	99
b) Qualifikation von „ständiger Erreichbarkeit“ . . . . .	100
aa) Faktische Erreichbarkeit . . . . .	100
bb) Faktisch erwartete Erreichbarkeit . . . . .	100

C.	Weitere Instrumente für die Arbeitswelt 4.0 . . . . .	102
I.	Vertrauensarbeitszeit . . . . .	102
1.	Grundsätze . . . . .	102
a)	Verzicht auf Kontrolle der Arbeitszeiten . . . . .	102
b)	Pflicht zur Einhaltung des ArbZG . . . . .	102
c)	Aufzeichnungspflichten gem. § 16 Abs. 2 ArbZG . . . . .	103
2.	Auswirkungen von Vertrauensarbeitszeit auf Arbeiten 4.0 . . . . .	104
II.	Arbeit auf Abruf (§ 12 TzBfG) . . . . .	104
1.	Grundsätze . . . . .	105
a)	Vereinbarung zur Dauer der Arbeitszeit . . . . .	105
b)	Ankündigungsfrist . . . . .	105
c)	Formulierungsbeispiele . . . . .	106
2.	Auswirkungen der Grundsätze zur Abrufarbeit auf Arbeiten 4.0 . . . . .	107
III.	Vereinbarung von Überstunden . . . . .	108
1.	Grundsätze . . . . .	108
a)	Vereinbarung . . . . .	108
b)	Vergütung . . . . .	108
2.	Auswirkungen der Grundsätze zur Überstundenvereinbarung auf Arbeiten 4.0 . . . . .	109
<b>§ 4</b>	<b>Nutzung von mobilen Kommunikationsgeräten . . . . .</b>	<b>111</b>
A.	Allgemeines . . . . .	111
B.	Individualarbeitsrecht . . . . .	112
I.	Überlassungszweck . . . . .	112
1.	Überlassung ausschließlich zu dienstlicher Nutzung . . . . .	112
2.	Überlassung auch zur privaten Nutzung . . . . .	115
II.	Nutzungsvereinbarung zwischen den Arbeitsvertragsparteien und deren Grenzen . . . . .	117
III.	Überwachung durch den Arbeitgeber . . . . .	120
IV.	Mobilfunk und Arbeitsschutz . . . . .	124
V.	Nutzungszwang/Arbeitszeitproblematik . . . . .	125
VI.	Sanktionsmöglichkeiten . . . . .	126
1.	Abmahnung . . . . .	127
2.	Verhaltensbedingte Kündigung . . . . .	128
a)	Privatnutzung entgegen einem ausdrücklichen Verbot/ohne ausdrück- liche Zustimmung . . . . .	129
b)	Vertragsverstoß trotz Einwilligung in die Privatnutzung . . . . .	130
3.	Schadensersatzansprüche . . . . .	132
C.	Betriebsverfassungsrechtliche Aspekte . . . . .	132
I.	Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats . . . . .	132
1.	§ 90 BetrVG . . . . .	132
2.	§ 87 BetrVG . . . . .	132
a)	Einführung von Mobiltelefonen/Gestattung der Privatnutzung . . . . .	132
b)	Weisungen zu Art und Weise der Nutzung . . . . .	133
II.	Betriebsmittel des Betriebsrates . . . . .	134
1.	Festnetz-Telefon . . . . .	134
2.	Überlassung von Mobiltelefonen an den Betriebsrat . . . . .	135

D. Besonderheiten bei Smartphones und Tablets . . . . .	135
I. Smartphones, BlackBerry, iPhone & Co. . . . .	135
II. Tablets, iPad, Surface & Co . . . . .	137
E. Muster . . . . .	138
I. Grundmuster einer Überlassungsvereinbarung und deren Varianten . . . . .	138
II. Betriebsvereinbarung . . . . .	144
<b>§ 5 Überwachungseinrichtungen . . . . .</b>	<b>147</b>
A. Einleitung . . . . .	147
B. Die Videoüberwachung . . . . .	148
I. Begriff der Videoüberwachung . . . . .	148
II. Datenschutzrechtliche Vorgaben zur Videoüberwachung . . . . .	148
1. Überwachung öffentlich zugänglicher Räume . . . . .	149
a) Zulässigkeit einer offenen Überwachung öffentlicher Räume . . . . .	149
b) Zulässigkeit einer verdeckten Überwachung öffentlicher Räume . . . . .	149
2. Überwachung nicht-öffentlich zugänglicher Räume . . . . .	150
III. Betriebsverfassungsrechtliche Grenzen – § 87 Abs. 1 Nr. 6 BetrVG . . . . .	150
IV. Kostenerstattung für Überwachungseinrichtungen . . . . .	152
V. Beweisverwertung . . . . .	152
C. Elektronische und biometrische Zugangskontrollen . . . . .	154
I. Datenschutzrechtliche Grenzen . . . . .	154
1. Eingriffsintensität der Zugangskontrolle . . . . .	155
2. Berechtigte Interessen des Arbeitgebers . . . . .	155
3. Interessenabwägung . . . . .	156
II. Betriebsverfassungsrechtliche Grenzen . . . . .	156
1. § 87 Abs. 1 Nr. 6 BetrVG . . . . .	156
2. § 87 Abs. 1 Nr. 1 BetrVG . . . . .	157
D. GPS (Global Positioning System) . . . . .	159
I. GPS als technische Überwachungseinrichtung im Sinne des § 87 Abs. 1 Nr. 6 BetrVG . . . . .	159
II. Die Grenzen der Verwendung des GPS durch die Betriebspartner . . . . .	160
1. Eingriffsintensität des GPS . . . . .	161
2. Berechtigte Interessen des Arbeitgebers . . . . .	162
3. Abwägung der Interessen. . . . .	162
E. Keylogger-Software. . . . .	163
I. Mitbestimmungsrecht . . . . .	163
II. Datenschutzrechtliche Grenzen . . . . .	163
<b>§ 6 Überlassung und Nutzung von Arbeitsmitteln . . . . .</b>	<b>165</b>
A. Arbeitsmittel . . . . .	165
I. Allgemeines. . . . .	165
II. Rechtsstellung der Arbeitnehmer/Arbeitgeber . . . . .	165
III. Herausgabeanspruch des Arbeitgebers . . . . .	167
IV. Zurückbehaltungsrecht des Arbeitnehmers . . . . .	169
V. Kündigung. . . . .	169
VI. Beschädigung und Verlust von Arbeitsmitteln. . . . .	170
VII. Auskunft. . . . .	172

VIII. Prozessuale Durchsetzung der Herausgabeansprüche . . . . .	173
IX. Herausgabeklausel . . . . .	174
X. Arbeitsschutz . . . . .	174
XI. Ausbildungsmittel . . . . .	175
XII. Vereinbarte Privatnutzung . . . . .	175
XIII. Steuern . . . . .	176
B. Arbeitsmittel rund um den Dienstwagen . . . . .	177
I. Autotelefon/Handy . . . . .	177
1. Haftung . . . . .	177
2. Privatnutzung . . . . .	178
3. Überwachung . . . . .	179
4. Kündigung . . . . .	181
5. Abhören von Autotelefongesprächen . . . . .	182
6. Mithören von Telefongesprächen über eine Freisprechanlage . . . . .	182
7. Beweisverwertung . . . . .	182
8. Steuern . . . . .	184
II. Navigationssystem . . . . .	184
1. Haftung . . . . .	184
2. Überwachung des Verhaltens oder der Leistung der Arbeitnehmer . . . . .	184
3. Steuern . . . . .	185
III. Post/SMS . . . . .	185
C. Sonstige technische Einrichtungen . . . . .	186
I. Telefon . . . . .	186
1. Erfassung und Aufzeichnung von Telefondaten . . . . .	186
2. Mitbestimmungsrechte . . . . .	186
II. SMS . . . . .	187
1. Privatnutzung . . . . .	187
2. Adressbuch . . . . .	187
3. WAP . . . . .	188
4. Bluetooth . . . . .	188
5. Teleaid . . . . .	189
III. Digitales Handdiktiergerät . . . . .	189
IV. Personalcomputer/Laptop . . . . .	190
1. Individualrechtliche Grundlage für die Nutzung . . . . .	190
2. Überlassung . . . . .	190
3. Privatnutzung . . . . .	190
4. Haftung . . . . .	193
5. Überwachung . . . . .	194
6. Betriebsverfassungsrecht . . . . .	194
a) Allgemeines . . . . .	194
b) § 87 Abs. 1 Nr. 6 BetrVG . . . . .	194
c) § 81 Abs. 4 BetrVG . . . . .	195
d) § 90 Abs. 1 BetrVG . . . . .	195
e) § 91 BetrVG . . . . .	196
f) § 98 Abs. 1 BetrVG . . . . .	196
V. Spracherkennungssysteme . . . . .	196

VI. Bring Your Own Device (BYOD) . . . . .	197
VII. Skype for Business . . . . .	199
D. Beteiligung des Betriebsrates . . . . .	199
I. Einrichtung von neuen elektronischen Kommunikationssystemen . . . . .	199
1. § 90 BetrVG . . . . .	199
2. § 91 BetrVG . . . . .	200
3. § 87 Abs. 1 Nr. 6 BetrVG . . . . .	200
II. Dienstfahrzeug/Mobiltelefon – Mitbestimmung . . . . .	201
III. Bring Your Own Device (BYOD) . . . . .	202
IV. Skype for Business . . . . .	203
V. Durchführung der Mitbestimmung . . . . .	203
E. Nutzung von Arbeitsmitteln durch den Betriebsrat . . . . .	203
I. Allgemeines . . . . .	203
II. Telefon, Telefax . . . . .	204
III. Personalcomputer mit Peripherie . . . . .	204
IV. Laptop . . . . .	206
V. Mobiltelefone . . . . .	206
VI. Internet/Intranet/E-Mail . . . . .	207
VII. Digitales Diktiergerät . . . . .	208
VIII. Spracherkennungssysteme . . . . .	208
IX. Homepage des Betriebsrates im Intranet/Internet . . . . .	208
X. BlackBerry/Navigationsgerät . . . . .	208
XI. Telefonische Erreichbarkeit des Betriebsrats . . . . .	209
XII. E-Mail-Verteiler . . . . .	209
F. Muster . . . . .	210
I. Vereinbarung über die Überlassung von Arbeitsmitteln . . . . .	210
II. Bestandsliste mit Empfangsbekanntnis . . . . .	211
III. Merkblatt Warnhinweis bei Überlassung eines Dienstwagens mit Freisprecheinrichtung . . . . .	212
IV. Betriebsvereinbarung über den Gebrauch von Handys . . . . .	213
V. Vertragsänderung befristeter Heimarbeitsplatz (Homeoffice) . . . . .	214
VI. Betriebsvereinbarung: Bring Your Own Device (BYOD) . . . . .	216
<b>§ 7 Homeoffice . . . . .</b>	<b>221</b>
A. Grundlagen der Arbeit im Homeoffice . . . . .	221
B. Status der im Homeoffice Beschäftigten . . . . .	226
I. Allgemeine Grundlagen . . . . .	226
II. Die rechtliche Einordnung der Arbeit im Homeoffice . . . . .	228
III. Homeoffice und selbstständige Tätigkeit . . . . .	230
C. Individualrechtliche Aspekte beim Homeoffice . . . . .	233
I. Begründung von Homeoffice-Arbeitsverhältnissen . . . . .	233
II. Arbeitszeit . . . . .	235
III. Arbeitsschutz . . . . .	237
IV. Datenschutz und Homeoffice . . . . .	239
V. Arbeitsmittel . . . . .	240
VI. Betriebsrisiko . . . . .	242

VII. Haftung . . . . .	243
VIII. Beendigung der Arbeit im Homeoffice . . . . .	245
D. Homeoffice und Sozialversicherung . . . . .	247
E. Homeoffice und Mitbestimmung . . . . .	248
I. Allgemeines . . . . .	248
II. Mitbestimmung in sozialen Angelegenheiten . . . . .	249
III. Mitbestimmung in personellen Angelegenheiten . . . . .	250
F. Vertragsgestaltung und Muster . . . . .	251
I. Muster Rahmenvereinbarung über Telearbeit vom 16.7.2002 . . . . .	251
II. Muster Arbeitsvertrag mit einem Telearbeitnehmer . . . . .	256
<b>§ 8 Formerfordernisse im Arbeitsrecht und Anwendung neuer Medien . . . . .</b>	<b>259</b>
A. Einführung . . . . .	259
I. Einsatz neuer Medien und Formvorschriften . . . . .	259
II. Grundsatz der Formfreiheit . . . . .	259
III. Formfunktion und Formerfordernis . . . . .	259
B. Schriftform, Textform und elektronische Form . . . . .	260
I. Die Schriftform nach § 126 BGB und ihre Funktionen . . . . .	260
1. Voraussetzungen der Schriftform . . . . .	260
2. Funktionen der Schriftform . . . . .	261
II. Die Textform nach § 126b BGB und ihre Funktionen . . . . .	263
1. Voraussetzungen der Textform . . . . .	263
2. Zugang und Widerruf . . . . .	264
3. Funktionen der Textform . . . . .	264
III. Die elektronische Form nach § 126a BGB und ihre Funktionen . . . . .	267
1. Voraussetzungen der elektronischen Form . . . . .	267
2. Funktionsäquivalenz mit Schriftformfunktionen . . . . .	268
C. Kollektiv- und individualarbeitsrechtlich festgelegte Form . . . . .	272
I. Tarifliche Form . . . . .	272
II. Formvorschriften in Betriebs- und Dienstvereinbarungen . . . . .	272
III. Arbeitsvertraglich vereinbarte Form; Schriftformklausel . . . . .	272
D. Einzelne Anwendungsbereiche . . . . .	274
I. Schriftform gem. § 126 BGB gefordert und elektronische Form ausgeschlossen . . . . .	274
1. Nachweis von Arbeitsbedingungen . . . . .	274
a) § 2 Abs. 1 S. 1 und S. 3 NachwG: Arbeitsvertragsbedingungen . . . . .	274
b) § 2 Abs. 1 NachwG: Arbeitgeberzusagen . . . . .	276
c) § 11 AÜG: Leiharbeitsverhältnis . . . . .	276
2. Kündigung des Arbeitsverhältnisses . . . . .	276
a) § 623 BGB: Beendigungskündigung des Arbeitsvertrages . . . . .	276
b) § 623 BGB: Änderungskündigung . . . . .	277
c) Rechtsfolgen des Formverstößes, Klagefrist und Verwirkung . . . . .	278
d) Durchbrechung der Formnichtigkeit, § 242 BGB . . . . .	279
3. Sonstige Beendigung des Arbeitsverhältnisses . . . . .	280
a) § 623 BGB: Auflösungsvertrag . . . . .	280
b) Keine Anwendung von § 623 BGB auf die Anfechtung des Arbeitsvertrages . . . . .	281

c) Keine Anwendung von § 623 BGB auf Abwicklungsvertrag, Nichtverlängerungsmitteilung und Ausgleichsquittung . . . . .	282
4. Zeugnis und Wettbewerbsverbot . . . . .	282
a) § 109 GewO, § 16 BBiG: Zeugniserteilung . . . . .	282
b) § 110 GewO, § 74 Abs. 1 HGB: Nachvertragliches Wettbewerbsverbot	283
II. Schriftform vorgeschrieben und elektronische Form nicht ausgeschlossen . .	283
1. §§ 14 Abs. 4, 15 Abs. 2 TzBfG: Befristungsvereinbarung . . . . .	283
2. § 15 Abs. 7 und § 16 BEEG: Schriftlichkeit des Antrags auf Elternzeit .	286
3. § 12 Abs. 1 AÜG: Arbeitnehmerüberlassungsvertrag . . . . .	286
4. Berufsausbildungsvertrag . . . . .	286
a) § 11 BBiG: Abschluss des Berufsausbildungsvertrages . . . . .	286
b) § 22 Abs. 3 BBiG: Kündigung des Berufsausbildungsvertrages . . . .	287
5. § 17 Abs. 2 S. 2 MuSchG . . . . .	287
6. § 172 BGB: Vollmachtsurkunde . . . . .	287
III. Schriftform gefordert, elektronische Form ausdrücklich zugelassen . . . . .	287
IV. Gesetz fordert schriftliche Erklärung, elektronische Form i.S.d. § 126a BGB nicht ausgeschlossen . . . . .	288
1. § 8 Abs. 5 TzBfG: Entscheidung über Verringerung der Arbeitszeit . . .	288
2. §§ 99, 102, 103 BetrVG: Formvorschriften für Mitbestimmungsakte des Betriebsrats . . . . .	288
3. § 15 Abs. 2 TzBfG . . . . .	288
V. Gesetz bzw. der Tarifvertrag fordert schriftliche Erklärung, Schriftform des § 126 BGB nicht erforderlich . . . . .	288
VI. Gesetz sieht ausdrücklich Textform vor . . . . .	289
1. Fälle der Textform: Unterrichtung über den Betriebsübergang; Entgeltabrechnung . . . . .	289
2. Insbesondere: Unterrichtung über den Betriebsübergang nach § 613a Abs. 5 BGB . . . . .	290
E. Prozessuale Formerfordernisse . . . . .	291
I. Formale Anforderungen an Schriftsätze – insbesondere zur Übermittlung per Fax . . . . .	291
II. Zulassung elektronischer Dokumente als Schriftsätze . . . . .	291
III. Zustellung elektronischer Dokumente . . . . .	293
IV. Elektronische Aktenführung durch das Gericht . . . . .	293
F. Elektronische Verwaltung . . . . .	295
I. Bundes- und Landesverwaltung . . . . .	295
II. Sozialversicherungsträger . . . . .	295
<b>§ 9 Arbeitsschutz . . . . .</b>	<b>297</b>
A. Einführung . . . . .	297
B. Arbeitsschutzgesetz . . . . .	299
I. Anwendungsbereich . . . . .	299
II. Arbeitgeber . . . . .	299
1. Verpflichtungen des Arbeitgebers . . . . .	299
2. Haftung des Arbeitgebers . . . . .	302
a) Öffentlich-rechtliche Haftung . . . . .	302
b) Zivilrechtliche Haftung und Haftungsbeschränkung . . . . .	302

III. Beschäftigte . . . . .	304
1. Pflichten der Beschäftigten . . . . .	304
2. Haftung der Beschäftigten . . . . .	304
3. Rechte der Beschäftigten . . . . .	305
IV. Beschäftigte mit besonderen Aufgaben. . . . .	308
1. Der Sicherheitsbeauftragte . . . . .	308
2. Die Fachkräfte für Arbeitssicherheit . . . . .	309
3. Der Betriebsarzt . . . . .	310
V. Aufgaben und Mitbestimmung des Betriebsrats . . . . .	311
C. Arbeitszeitgesetz . . . . .	316
D. Bundesurlaubsgesetz. . . . .	320
E. Betriebssicherheitsverordnung . . . . .	320
F. Bildschirmarbeitsplatz. . . . .	321
I. Bildschirmarbeitsverordnung a.F. . . . .	321
II. Anwendungsbereich des Anhang Nummer 6 zur ArbStättV. . . . .	321
III. Spezifische Anforderungen an den Bildschirmarbeitsplatz . . . . .	322
IV. Straf- und Ordnungswidrigkeitentatbestände . . . . .	322
1. Arbeitsschutzgesetz . . . . .	322
2. Arbeitszeitgesetz . . . . .	323
V. Betriebliche Mitbestimmung . . . . .	323
G. Strahlenschutz und sichere Arbeitsmittel . . . . .	324
I. Regelungen zu elektromagnetischen Feldern . . . . .	324
II. Produktsicherheit. . . . .	325
H. Moderne Kommunikationsmittel . . . . .	326
I. Mobile Kommunikationsmittel und Arbeitszeit . . . . .	326
II. Arbeit am Bord-/Handcomputer . . . . .	327
I. Muster . . . . .	328
I. Muster Betriebsvereinbarung Bildschirmarbeitsplatzbrille . . . . .	328
II. Muster Betriebsvereinbarung Bildschirmarbeitsplätze I . . . . .	329
III. Muster Betriebsvereinbarung Bildschirmarbeitsplätze II. . . . .	335
IV. Muster Betriebsvereinbarung Mobiles Arbeiten . . . . .	339
<b>§ 10 Arbeitsrechtliche Aspekte zu Social Media . . . . .</b>	<b>345</b>
A. Einführung . . . . .	345
B. Rechtliche Grundlagen . . . . .	346
C. Die Anbahnung – Bewerbersuche/-auswahl über soziale Netzwerke . . . . .	346
I. Einwilligung nach § 51 BDSG (§ 4a BDSG a.F.) . . . . .	347
II. § 26 BDSG (§ 32 BDSG a.F.) . . . . .	347
III. Wegfall der Erlaubnis zur Erhebung von Daten aus öffentlich zugänglichen Quellen (§ 28 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 BDSG a.F.)? . . . . .	348
IV. Big Data beim Recruitment . . . . .	349
V. Speichern von Bewerberinformationen. . . . .	349
D. Bestehendes Arbeitsverhältnis – Direktionsrecht und soziale Netzwerke . . . . .	350
I. Firmenaccount in sozialen Netzwerken. . . . .	350
II. Anmeldung unter eigenem Namen in sozialen Netzwerken . . . . .	351
III. Vertragliche Vereinbarung als Königsweg? . . . . .	351

IV. Verbot beruflicher Darstellung in sozialen Netzwerken? . . . . .	351
V. Arbeitgeberpflichten . . . . .	352
E. Bestehendes Arbeitsverhältnis: Vertragsverletzungen im Zusammenhang mit der Nutzung von sozialen Netzwerken . . . . .	352
I. Verstoß wegen der Nutzung sozialer Netzwerke . . . . .	352
II. Verstoß bei der Nutzung sozialer Netzwerke: Außerdienstliches Verhalten . . . . .	353
1. Loyalitätspflicht . . . . .	353
a) Rufschädigung . . . . .	353
b) Unternehmensschädliche Äußerungen . . . . .	353
2. Whistleblowing . . . . .	355
III. Arbeitsrechtliche Konsequenzen/Suche nach Pflichtverletzungen im Netz. . . . .	356
1. Einzelfälle . . . . .	357
2. Rechtslage . . . . .	358
IV. Beweisverwertungsverbot . . . . .	359
F. Beendigung des Arbeitsverhältnisses: Herausgabe von Accountdaten und Löschpflichten des Arbeitgebers . . . . .	361
G. Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats . . . . .	363
H. Social Media Richtlinien. . . . .	363
<b>§ 11 Datenschutz . . . . .</b>	<b>365</b>
A. Neue gesetzliche Vorgaben an die Verarbeitung der Beschäftigtendaten . . . . .	365
B. Die Umsetzung von DSGVO und BDSG durch Arbeitgeber . . . . .	366
I. Personenbezug von Beschäftigtendaten . . . . .	366
1. Weite Definition des Personenbezugs. . . . .	367
2. Personenbezug bei Maschinendaten. . . . .	367
II. Das Verhältnis der DSGVO zum nationalen Recht . . . . .	369
III. Die Neuregelung des Beschäftigtendatenschutzes in § 26 BDSG. . . . .	370
1. Verhältnis von DSGVO und BDSG . . . . .	370
2. Verarbeitung von Beschäftigtendaten nach Interessenabwägung . . . . .	370
3. Vorgaben zur Einwilligung im Beschäftigungsverhältnis . . . . .	371
IV. Die Rechte der Beschäftigten nach Art. 12 ff. DSGVO . . . . .	373
1. Pflicht zur Information gegenüber den Beschäftigten. . . . .	373
2. Einzelne Rechte der Beschäftigten, Art. 15–23 DSGVO. . . . .	374
a) Auskunftsrecht, Art. 15 DSGVO . . . . .	374
b) Das Recht auf Datenportabilität, Art. 20 DSGVO. . . . .	375
c) Recht auf Löschung und Vergessenwerden, Art. 17–19 DSGVO . . . . .	375
d) Weitere Rechte der Beschäftigten, Art. 16, 21 DSGVO. . . . .	376
V. Die Auswirkungen des neuen Rechts auf Betriebsvereinbarungen . . . . .	377
VI. Übermittlung von Beschäftigtendaten im Konzern . . . . .	378
C. Fazit zum neuen Datenschutzrecht und Ausblick . . . . .	379
<b>§ 12 Grenzüberschreitender Verkehr von Beschäftigtendaten . . . . .</b>	<b>381</b>
A. Einführung. . . . .	381
B. Räumliche Reichweite der DSGVO (Art. 3 DSGVO) . . . . .	381
I. Niederlassungsprinzip (Art. 3 Abs. 1 DSGVO) . . . . .	381
II. Marktortprinzip (Art. 3 Abs. 2 DSGVO) . . . . .	382
1. Anbieten von Waren und Dienstleistungen . . . . .	382
2. Verhaltensbeobachtung. . . . .	382

III. Diplomatischer Verkehr (Art. 3 Abs. 3 DSGVO) . . . . .	383
C. Grenzüberschreitende Übermittlung von Beschäftigendaten . . . . .	383
I. Präventives Verbot (Art. 44 DSGVO). . . . .	383
1. Tatbestand . . . . .	384
a) Internationale Organisation . . . . .	384
b) Drittland . . . . .	384
c) Übermittlung . . . . .	384
d) Weiterübermittlung . . . . .	385
2. Rechtsfolgen . . . . .	385
II. Erlaubnistatbestände. . . . .	385
1. Angemessenheitsbeschluss (Art. 45 DSGVO). . . . .	385
a) Fortlaufende Prüfung . . . . .	385
b) Fortgeltung bisheriger Angemessenheitsbeschlüsse . . . . .	386
c) Praktische Bewertung des Angemessenheitsbeschlusses als Übermittlungsgrundlage . . . . .	386
d) Sonderfall: Privacy Shield . . . . .	386
2. Geeignete Garantien (Art. 46 DSGVO). . . . .	388
a) Verbindliche interne Datenschutzvorschriften (BCR), Art. 46 Abs. 2 lit. b, 47 DSGVO. . . . .	388
aa) Zustandekommen von BCR. . . . .	389
bb) Praktische Bewertung von BCR als Übermittlungsgrundlage . . . . .	389
b) Standarddatenschutzklauseln, Art. 46 Abs. 2 lit. c, d DSGVO . . . . .	389
aa) Zustandekommen von Standarddatenschutzklauseln . . . . .	390
bb) Praktische Bewertung von Standarddatenschutzklauseln als Übermittlungsgrundlage . . . . .	390
cc) Übergangsphase: Bisherige Standardvertragsklauseln (SCCs) . . . . .	390
c) Genehmigte Verhaltensregeln (CoC), Art. 46 Abs. 2 lit. e DSGVO. . . . .	391
aa) Zustandekommen und Umsetzung von CoC . . . . .	391
bb) Praktische Bewertung von CoC als Übermittlungsgrundlage . . . . .	392
d) Zertifizierungsmechanismen, Art. 46 Abs. 2 lit. f DSGVO . . . . .	392
aa) Zertifizierungsverfahren . . . . .	392
bb) Praktische Bewertung von Zertifizierungsmechanismen als Übermittlungsgrundlage . . . . .	393
e) Genehmigte Vertragsklauseln, Art. 46 Abs. 3 lit. a DSGVO . . . . .	393
aa) Genehmigungsverfahren. . . . .	393
bb) Praktische Bewertung von genehmigten Vertragsklauseln als Übermittlungsgrundlage . . . . .	393
f) Betriebsvereinbarung als sonstiges Garantieinstrument i.S.v. Art. 46 Abs. 3 DSGVO? . . . . .	394
3. Ausnahmen (Art. 49 DSGVO). . . . .	394
a) Einwilligung, Art. 49 Abs. 1 lit. a DSGVO . . . . .	395
aa) Ausdrücklich . . . . .	395
bb) Informiert . . . . .	395
cc) Freiwillig . . . . .	395
dd) Widerruflich . . . . .	395
ee) Praktische Bewertung der Einwilligung als Datenübermittlungs- grundlage . . . . .	396

b) Erforderlichkeit, Art. 49 Abs. 1 lit. b und lit. c DSGVO . . . . .	396
D. Zusammenfassung . . . . .	397
<b>§ 13 Steuerrecht</b> . . . . .	<b>399</b>
A. Lohnsteuer . . . . .	399
I. Private Nutzung betrieblicher Geräte . . . . .	399
1. Datenverarbeitungsgeräte . . . . .	399
2. Telekommunikationsgeräte . . . . .	400
3. System- und Anwendungsprogramme . . . . .	400
4. Dienstleistungen . . . . .	401
5. Betriebliche Geräte . . . . .	401
6. Nutzung durch Arbeitnehmer . . . . .	401
7. Umsatzsteuerrechtliche Folgen . . . . .	402
II. Pauschalierungsbefugnis nach § 40 Abs. 2 Nr. 5 EStG . . . . .	402
1. Datenverarbeitungsgerät . . . . .	402
2. Nachweis . . . . .	403
B. Einkommensteuer . . . . .	403
I. Werbungskostenabzug . . . . .	403
II. Personalcomputer . . . . .	404
III. Telekommunikationsaufwendungen . . . . .	405
C. Steuerrechtliche Behandlung der Telearbeit (Homeoffice) . . . . .	405
I. Arbeitnehmerbegriff . . . . .	405
II. Lohnsteuererhebung durch den Arbeitgeber . . . . .	406
1. Unbeschränkt steuerpflichtiger Telearbeiter . . . . .	407
2. Beschränkt steuerpflichtiger Telearbeiter . . . . .	407
III. Betriebsstättenproblematik . . . . .	408
1. Arbeitsleistung am inländischen Wohnsitz . . . . .	408
2. Arbeitsleistung am ausländischen Wohnsitz . . . . .	409
IV. Werbungskostenabzug bei Telearbeit . . . . .	410
D. Muster . . . . .	410
Stichwortverzeichnis . . . . .	411